

Schwäbische Zeitung



Mit Spannung war die Vorstellung der Neustrukturierungspläne zur Oberschwabenklinik im Kreistag erwartet worden. FOTO: VIN

Abfuhr für OSK-Geschäftsführung
Kreistag lehnt Pläne für schnelle Neustrukturierung der Kliniken ab. Seite 13

Mit 125 km/h durch die Stadt
Drei junge Raser müssen sich vor dem Amtsgericht verantworten. Seite 15



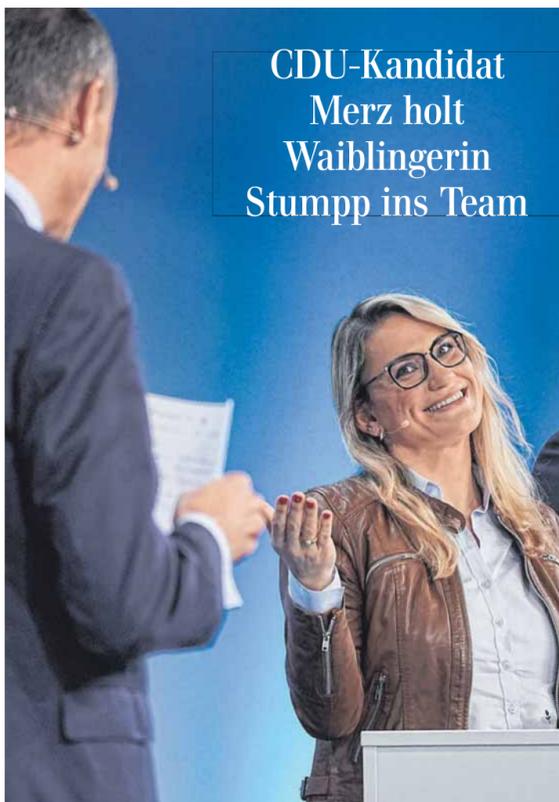
ARCHIVFOTO: ELKE OBSER

Mo.-Fr. € 2,20 | Sa. € 2,40

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Mittwoch, 17. November 2021

Fahrrad-Fachmarkt
Wir bauen um!
30%
(auf ausgeschliffene Ware, nur auf Lagerware)
schindler
Schlegelwinkel, 88212 Ravensburg



CDU-Kandidat
Merz holt
Waiblingerin
Stumpp ins Team

Im Ringen um den CDU-Vorsitz setzt Friedrich Merz auf ein Team – und mit der Waiblingerin Christina Stumpp (Foto: Michael Kappeler/dpa) auf eine junge Bundestagsabgeordnete aus dem Südwesten. Aus jenem Landesverband, der ihn seit Jahren unterstützt. Nach der Niederlage bei der Bundestagswahl werde sich die CDU „in der Opposition neu aufstellen“, sagte Merz am Dienstag. Dabei müsse die Partei Antworten auf Fragen wie Klimawandel, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit geben. Der 66-Jährige schlug den früheren Berliner Gesundheitssenator Mario Czaja (46) als künftigen CDU-Generalsekretär vor. Für die 34-jährige Stumpp möchte Merz den Posten der stellvertretenden Generalsekretärin neu schaffen. SEITE 4

Einschränkungen für Ungeimpfte

In Baden-Württemberg gilt ab heute 2G – Viele Bundesländer verschärfen Regeln

Von Kara Ballarin und Agenturen

STUTTGART - Immer mehr Bundesländer verschärfen ihre Regelungen zur Eindämmung des Coronavirus. „Die Lage ist ernst, sie ist sehr ernst“, sagte etwa Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag in Stuttgart angesichts massiv steigender Ansteckungszahlen. Nachdem im Südwesten ein kritischer Wert überschritten wurde, tritt an diesem Mittwoch die Alarmstufe in Kraft.

Für Menschen, die weder geimpft noch genesen sind, bringen die Regeln der Alarmstufe enorme Einschränkungen. So reicht etwa auch kein PCR-Test mehr für den Eintritt ins Kino oder Restaurant. Das Land sei mit den Kommunen im Gespräch über eine Verschärfung der Kontrollen, so Kretschmann. Auch Nordrhein-Westfalen und Thüringen haben am Dienstag 2G-Regeln beschlossen. In anderen Ländern wie Sachsen und Bayern – neben Thüringen Spitzenreiter bei den Neuinfektionen – gelten schon 2G-Regeln.

Am Donnerstag will Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Regierungschefs der Länder über Möglichkeiten beraten, die Infektionslage wieder in den Griff zu bekommen. Am selben Tag steht im Bundestag die Verabschiedung des von SPD, Grünen und FDP geänderten Infekti-

onenschutzgesetzes an. Es soll sicherstellen, dass auch nach dem geplanten Auslaufen der epidemischen Lage nationaler Tragweite am 25. November Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus aufrechterhalten werden.

„Das Auslaufen der epidemischen Lage nationaler Tragweite kommt zweifelsohne zu früh“, kritisierte Ministerpräsident Kretschmann am Dienstag. Gut sei, dass die Länder dank einer Öffnungsklausel eigene Regeln im Kampf gegen die Pandemie erlassen können sollen. Der Spielraum sei aber zu klein, betonte Kretschmann. „Ich bin der Meinung, dass wir auch Mittel wie Ausgangsbeschränkungen und Reisebeschränkungen, wie wir sie früher hatten, nicht ausschließen können.“

Kretschmann und sein Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) bekannten sich zum Ziel der Bundes-Grünen, für Beschäftigte in vulnerablen Bereichen wie Alten- und Pflegeheimen eine Impfpflicht einzuführen. Er könne sich das auch für andere Bereiche wie Kitas, Schulen und Polizei vorstellen, so Kretschmann. „Ich bin im Grundsatz immer für eine allgemeine Impfpflicht bei diesem Punkt gewesen“, sagte Lucha. Angesichts großen gesellschaftlichen Drucks sei die Politik – er eingeschlossen – nicht mutig genug gewesen. SEITEN 2 & 4

Leitartikel

Von Kara Ballarin



Es geht nicht nur um Corona

Eine Umfrage ist von ihrem Wesen her ein flüchtig Ding: Was sie abbildet, ist lediglich ein aktuelles Stimmungsbild. Alles ist im Fluss – in Krisenzeiten wie einer Pandemie ohnehin. Dennoch sollten die Zahlen, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Südwest-Tageszeitungen ermittelt hat, den Führungsriegen von Grünen und CDU im Land zu denken geben.

Die Zustimmung zur im Mai neu aufgelegten Kiwi-Koalition war bereits im Juli nicht überwältigend. Im Auge der Befragten damals war sie allerdings noch immer die favorisierte Koalition gegenüber einer Ampel unter grüner Führung. Die Zufriedenheit mit Grün-Schwarz ist seit dem von 35 auf 31 Prozent gesunken. Zeitgleich wünschen sich immer mehr Menschen eine Ampel-Koalition im Land, wie sie derzeit auch im Bund geschmiedet wird – ihr Anteil ist von 31 auf 41 Prozent gestiegen.

Zwei Aspekte sind mit Blick auf die Zahlen wesentlich. Zum einen: Die geäußerte Unzufriedenheit mit den regierenden Parteien im Land kommt nicht überraschend. Spätestens der Baden-Württemberg-Trend vom Oktober, den infratest dimap im Auftrag von „Stuttgarter Zeitung“ und SWR durchgeführt hat, hat das belegt. Grüne und CDU sind demnach in der Gunst der Wähler im Vergleich zur Landtagswahl im März massiv gesunken, SPD und FDP haben derweil deutlich zugelegt.

Zum anderen: Die Interpretation der Zahlen ist sicher schwierig, aber nötig. Die wachsende Unzufriedenheit damit abzutun, dass die Regierung eben handelt, FDP und SPD indes vom Seitenrand aus leicht kritisieren und schlaumeiern können, ist zu kurz gesprochen. Dass die Unterstützung für Grün-Schwarz vor allem unter Grünen-Anhängern sinkt, hat die Regierung auch selbst zu verantworten. Ja, Corona beherrscht nach wie vor das politische Handeln. Die großen Versprechen des Koalitionsvertrags sind bislang zu homöopathisch eingelöst. Wo bleibt der wirkliche Aufbruch zum Klimaschutz? Warum geht es beim bezahlbaren Wohnraum nicht voran – trotz nun eigens dafür zuständiger Ministerin? Grün-Schwarz muss liefern.

✉ k.ballarin@schwaebische.de

Erfolg vor Gericht für Heckler & Koch

DÜSSELDORF (dpa) - Im Streit mit C. G. Haenel aus Suhl hat der schwäbische Waffenhersteller Heckler & Koch (HK) einen juristischen Erfolg errungen. Das Düsseldorfer Landgericht entschied am Dienstag, dass Haenel bei einem Sturmgewehrmodell ein HK-Patent verletzt habe. Die Ansprüche auf Unterlassung, Rückruf und Vernichtung sah das Gericht als begründet an. Das Urteil bezieht sich auf die Halbautomatikversion des Gewehrs und nicht auf die Vollautomatik, die Haenel der Bundeswehr verkaufen will. SEITE 8

USA und Russland streiten über ISS

WASHINGTON/MOSKAU (AFP) - Nachdem die Besatzung der Internationalen Raumstation (ISS) wegen herumfliegender Weltraumtrümmer in Deckung gehen musste, ist zwischen Washington und Moskau ein heftiger Streit über die Sicherheit im All entbrannt. Russlands Außenminister Sergej Lawrow wies am Dienstag US-Vorwürfe zurück, durch einen Raketensturz die ISS gefährdet zu haben. Zugleich bestätigte die russische Armee aber, einen eigenen Satelliten zerstört zu haben. SEITE 9

Gewalt an Grenze zu Polen eskaliert

WARSAU/MINSK (dpa) - In der Flüchtlingskrise an der belarussisch-polnischen Grenze ist keine Lösung in Sicht. Russlands Präsident Wladimir Putin telefonierte am Dienstag erneut mit dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko. Dieser ordnete an, Frauen und Kinder in einem Logistikzentrum bei Grodno unterzubringen. Zuvor war es am Übergang Kuznica-Bruski zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Migranten und polnischen Kräften gekommen. SEITE 5

Heute lesen Sie

Der Prinz auf Reisen

Charles vertritt in Jordanien und Ägypten die Queen Seite 10



FOTO: AFP

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444
AboService 0751 / 29 555 555
Ticket Service 0751 / 29 555 777

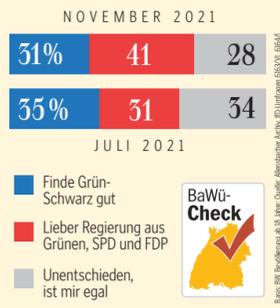
Zustimmung für Grün-Schwarz in Stuttgart sinkt

Umfrage sieht in Baden-Württemberg starken Wunsch nach Ampel-Koalition aus Grünen, SPD und FDP

RAVENSBURG (mö) - Acht Monate nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg sinkt die Zustimmung für die grün-schwarze Regierungskoalition in Stuttgart. Stattdessen favorisieren die Bürger eine Zusammenarbeit von Grünen, SPD und FDP, wie eine gemeinsame Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg ergab.

Konkret hatten im Juli dieses Jahres, also vier Monate nach der Wahl und zwei Monate nach der Regierungsbildung mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) an der Spitze, 35 Prozent der Befragten die Fortsetzung der grün-schwarzen Landesregierung begrüßt. Derzeit

Urteil über die Fortsetzung von Grün-Schwarz nach den Wahlen



sind es nur noch 31 Prozent. Umgekehrt ist der Anteil derer, die sich stattdessen in Baden-Württemberg eine Ampel-Koalition aus Grünen, SPD und FDP gewünscht hätten, von 31 auf 41 Prozent angestiegen. Insbesondere die Anhänger der Grünen sehen die Fortsetzung von Grün-Schwarz in Baden-Württemberg zunehmend kritisch.

Bereits während der Koalitionsverhandlungen im April hatte es einen Eklat gegeben, weil der grüne Landesvorstand lieber die Ampel-Koalition mit SPD und FDP als eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der CDU wollte. Es kam damals zur Machtprobe mit Kretschmann.

Am Ende stimmte der Vorstand aber mit Zweidrittelmehrheit für eine weitere Legislaturperiode mit der CDU als Partner. Der Konsens, den man mit der CDU habe, aber nicht mit der FDP, sei ausschlaggebend gewesen für die Entscheidung.

Gleichzeitig fällt das Urteil über die baden-württembergische SPD kritisch aus, wie die Umfrage weiter ergab: Nur 17 Prozent haben derzeit eine gute Meinung von der Landes-SPD, 42 Prozent geben zu Protokoll, dass ihnen die SPD in Baden-Württemberg zurzeit nicht gut gefällt. Lediglich die eigene Anhängerschaft teilt derzeit das Stimmungshoch der SPD. LEITARTIKEL/SEITE 3

Unterm Strich

Auch Kipferl können auf den Keks gehen

Eine weitere Corona-Weihnacht steht uns ins Haus. Und weil zunehmend wieder Kontaktvermeidung und Inzidenz-Orgien unser Leben bestimmen, können wir uns wenigstens intensiv mit der häuslichen Weihnachtsbäckerei befassen. Dass es mit der Pandemie vor Heiligabend jedoch noch mal besser wird, ist reine Spekulation.

Zu den beliebtesten Plätzchen in der hiesigen Region gehören die Vanillekipferl, obwohl gar keine Vanille bei uns wächst. Kipferl werden dann als besonders gelungen angesehen, wenn ihre Enden möglichst filigran

spitz zulaufen und trotzdem nicht abbrechen. Fleißige Hausfrauen und -männer liefern sich zu dieser Jahreszeit regelmäßig eine Art Wettbacken um die größte Vielfalt der Weihnachtsbäckerei. Im Vorjahr hat es eine gewisse Marlene Irgang aus der Gegend von Blaubeuren in die dort erscheinende „Südwest Presse“ geschafft, weil die enthusiastische Hobbybäckerin nicht weniger als 58 Sorten backen bekommen hatte.

Wahrscheinlich versucht Frau Irgang heuer, ihren Rekord zu übertreffen. Wobei schummeln nicht gilt. Wer etwa abgebrochene Vanillekip-

ferl in die Vorratsdose schichtet, darf sie nicht einfach als Halbkipferl apostrophieren. Backwerk-Analysten würden den Braten sofort riechen. Und dann wäre es vorbei mit dem guten Ruf von Marlene Irgang.

Auch das Hineinschmuggeln etwa von Keksen aus der Prinzenrolle ist absolut unlauter und strengstens verboten. Vielleicht aber liegt der wahre Sinn gar nicht in Vielfalt und Menge. Denn je weniger gebacken wird, umso weniger kann man sich auf den Kekse gehen. (nyf)

✉ untermstrich@schwaebische.de



Bald beginnt wieder das Um-die-Wette-Backen. FOTO: FLORIAN SCHUH/DPA

Wetter

4° bis 7°C

Weiterhin grau mit einzelnen Schauern



Börse

DAX: + 0,61%

Aktuell: 16 247,86 | Vortag: 16 148,64

Nr. 266 | B 6206



4 190620 602206 3 0046

